

# "New World Order"

## "Der Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens"

Die neue Weltordnung ist ganz die alte - Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen verändert, die das außenpolitische Handeln von selbsternannten Weltordnungs-Polizisten bestimmen. Nach der politischen und ökonomischen Rezession in der UdSSR ist diese als Weltordner zunächst zurückgetreten und hat das Terrain der gegenwärtigen und wahrscheinlich auch künftigen Nr. 1 USA überlassen müssen. Die Achse, die die Widersacher möglicher zukünftiger Konflikte in der Welt voneinander trennt, hat sich um 90° gedreht. Sie verläuft nicht länger in Ost-West- sondern in Nord-Süd-Richtung. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die gegenseitig angeordnete Vernichtung die "Stabilität" der Weltordnung während des kalten Krieges zumindest zwischen den Machtblöcken weitgehend gewährleistete. Was die Länder des Südens betrifft, waren sie in dieser Weltordnung darauf festgelegt, sich für die eine oder andere Seite als loyaler Klient imperialer Interessen anzubiedern. Die Konflikt-Achse Nord-Süd war längst deutlich vorgezeichnet.

### "Sachzwang" Rüstungsexport

Die Hochrüstung der "Dritten Welt" fand auf dem Hintergrund einer Stellvertreter-Mentalität (Früher hätte man sich getraut *Imperialismus* zu sagen) der Supermächte statt, die ihre jeweilige Klientel in diversen Krisenregionen der Welt je nach politischer Opportunität protegieren. Da bei zahlreichen diffusen Putsch- und Geheimdienst-Operationen viele Regimes ständig ausgetauscht wurden, teilen sich die Widersacher des Ost-West-Konflikts die Verantwortung für die immense Aufrüstung der Dritten Welt, vor allem des Nahen Ostens. Außer Israel, das seine Rüstungsgüter zu 100% aus den USA bezieht und über eine hochentwickelte eigene Rüstungsindustrie verfügt, wurde jedes Land der Krisenregion Nahost eifrig von Ländern beider Machtblöcke beliefert. Dieses scheinbar widersprüchliche Exportverhalten ist auf dem Hintergrund der kurzfristigen politischen Interessen der "Aufrüstungs"-Nationen durchaus erklärbar. Es besteht unabhängig vom ideologischen Hintergrund eine makabre Gemeinsamkeit, die alle Rüstungsexporture einigt. Die ökonomische Infrastruktur der "Aufrüstungs"-Nationen hat während des Prozesses der inneren und äußeren Aufrüstung mehr und mehr den ökonomischen point of no return überschritten, der einen Rückzug aus der Rüstungsproduktion volkswirtschaftlich unmöglich macht. "Unmöglich" bedeutet hier allerdings nicht schlechthin unmöglich, sondern im Bezug auf infrastrukturelle Sachzwänge unmöglich: Die aufgeblähten Rüstungsindustrien und deren Zulieferer beschäftigen einen nicht unerheblichen Anteil der arbeitenden Bevölkerung. Die Haushalte der Aufrüstungs-Länder haben sich gewissermaßen traditionell auf "Verteidigungs"-Aufwendungen festgelegt. Die Exporte von Rüstungsgütern sind äußerst profitabel. Sie sind wichtige Devisenbringer in den Ländern des Ostblocks und inzwischen auch in einigen Ländern der "Dritten Welt" (China, Brasilien, Argentinien, Israel ...)

### Waffen gegen Öl

Unumwunden gibt der französische Verteidigungsminister Joxe zu, daß die französische Rüstungsindustrie der "wichtigste Devisenbringer" Frankreichs sei. (FR vom 4.7.91) Nach dem Golfkrieg sind die Einnahmen aus Rüstungsgeschäften (50% davon aus Rüstungsgeschäften mit Kuwait und Saudi-Arabien) um 67% gestiegen. Wen Frankreich beliefert oder nicht, entscheidet in der "freien" Marktwirtschaft natürlich im wesentlichen der freie Markt. So verwundert es nicht, daß Frankreich im Iran-Irak-Konflikt beide Länder belieferte und nach der UdSSR der Haupt-Aufrüster des Irak war. Die vergleichsweise milde, auf Verhandlungen zielende Haltung Frankreichs (Mitterrand-Plan) erklärt sich aus den Milliarden-Schulden des Irak aus den Rüstungsgeschäften mit Frankreich. Wer erschießt schon gerne seine Schuldner. Frankreich ist, daß muß aufrichtigerweise betont werden, allerdings nur ein repräsentatives Beispiel für die Rüstungsexportpolitik der Industrienationen. Die USA setzen angesichts der angeschlagenen inländischen Ökonomie wie eh und je auf Rüstungsexporte:

- Am 4. Juni kündigt Verteidigungsminister Cheney an, daß die USA planen, 20 "Apache"-Kampfhubschrauber an die Vereinigten Arabischen Emirate und 6 an Bahrain zu liefern. (FR vom 5.6.91)
- Außenminister Baker verlangt von Israel Zurückhaltung bei der Besiedlungspolitik der besetzten Gebiete und kündigt gleichzeitig einen Rüstungs-Deal mit Israel (15 F-16-Kampfbomber) an. Er betont, daß diese Politik "keinen Widerspruch" darstelle.
- US-Rüstungs-Konzerne haben nach Beendigung des Golfkrieges "Verträge über Waffenlieferungen in die Golfregion im Wert von 30 Milliarden Dollar abgeschlossen." (FR, 25.6.91; "ARD-Fernsehmagazin Report", 24.6.91)
- Die bundesdeutschen Rüstungskonzerne MBB, AEG und Siemens beteiligen sich an der Weiterentwicklung des inzwischen zum "Exportschlager" avancierten "Patriot"-Systems. (FR 24.6.91)

### Kein Frieden ohne ökonomische Unabhängigkeit

Die Regime im Nahen Osten, die nach dem Golfkrieg in wilder Hamster-Panik aufkaufen, was die mit Ölrenten gefüllten Konten erlauben, stehen politisch und ökonomisch auf tönernen Füßen. Putsch, Rezession, Aufstand, Repression, Fundamentalismus, Armut hängen wie ein überdimensionales Damokles-Schwert über der Region. Wer wann, mit wessen Waffen auf wen schießt, steht in den Sternen, deren Bewaffnung - zumindest verbal - ("Sternenkrieg", SDI) ja inzwischen ebenfalls begonnen hat. Die instabilen Gesellschaften des Nahen Ostens werden zunehmend durch die Fixierung auf das Handelsprinzip "Waffen gegen Öl" sozial

und ökonomisch destabilisiert, weil sie den Ausbau einer diversifizierten Ökonomie, mit dem Fernziel einer größeren ökonomischen Unabhängigkeit vernachlässigen und gleichzeitig die Förderung nationaler Sozialsysteme und demokratischer Institutionen unterbinden. "Der Ölreichtum der Region ist gleichzeitig ihr Fluch; er hält sie im Schraubstock wirtschaftlicher Unterentwicklung fest." (Pawelka, in: Krell/Kubbig, a.a.O., S.33) Die Unterentwicklung der Region ist seitens der Industrienationen gewollt bzw. unumgänglich. Die oil-based-economies des Nordens sind ihrerseits von stabilen Ölpreisen und loyalen Ölpreis-Kartellen (OPEC) abhängig.

### Drohen statt Abrüsten

Die Bedrohung des ökonomischen Privilegierten-Status der Länder der nördlichen Hemisphäre (11,6% der Weltbevölkerung verbrauchen 42,5% der Weltenergie) (Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1990), vor allem die Angst vor einer 2. Ölkrise, prägt die außenpolitischen Doktrinen der NWO. In den USA präsentieren NWO-Ideologen militärische Konzepte zur Niederschlagung potentieller Nord-Süd-Konflikte. Die neue Doktrin des Pentagon wird mit dem Kürzel MIC (mid-intensity-conflict) umschrieben. Sie bildet das Verbindungsglied zwischen LIC (low-intensity-conflict: Wirtschaftskrieg und begrenzte militärische Einsätze gegen Guerrilla-Bewegungen) und HIC (high-intensity-conflict: militärische Konfrontation der Supermächte). Carl E. Vuono, Stabschef des Heeres, veröffentlichte im April '90 einen Artikel in der US-Militärzeitschrift "Sea-Power" (S. 59-61), in dem er die neue Doktrin umschreibt. Um in künftigen MIC-Konfrontationen potentielle Gegner schlagen zu können, meint Vuono, brauchten die USA "Qualitätssoldaten [...], durchtrainiert und mit Waffen ausgerüstet, die denen jedes beliebigen Gegners überlegen und in Stückzahlen verfügbar sind, die ausreichen, potentielle Feinde zu besiegen". Die USA müsse jederzeit bereit sein, "gegen eine gut ausgerüstete Armee der Dritten Welt anzutreten". Der Golfkrieg war das erste Exempel der politischen und militärischen Funktionsfähigkeit dieser Doktrin.

### Logik des "politischen" Militarismus

Im Opferverhältnis (115 amerikanische Soldaten : ca. 100000 Irakern (ohne die Opfer unter der Zivilbevölkerung)) spiegelt sich der "Erfolg" des MIC-Konzepts wider. Die Abschreckungswirkung diese "Erfolges" liegt auf der Hand. Eine Nation, die Vernichtungsfeldzüge nicht nur androhen, sondern auch durchführen kann, braucht sich um die ursächlichen Probleme von Konflikten (Waffenhandel, Proliferation, Menschenrechtsverletzungen ...) nicht vorrangig zu kümmern. Die Frage, warum man die "weapon-states" der Dritten Welt zunächst hochrüstet, um sie dann zwangsweise "abzurüsten", paßt nicht in Logik des außenpolitischen US-Krisenmanagements. Die Vorstellung einer entmilitarisierten "kriegsunfähigen" Welt muß in den Köpfen der "politischen" Militaristen furchtbare Existenzängste heraufbe-

# UNIMUT

ZEITUNG an DER UNI HEIDELBERG

NR. 44

10.7.91

## Größte Abschiebewelle der Nachkriegsgeschichte?

● amnesty international warnt vor Auswirkungen des neuen Ausländergesetzes

Viele Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik um Schutz vor Verfolgung nachsuchten, sind aufgrund des restriktiven Asylbegriffs im Asylverfahren gescheitert. Trotzdem wurden sie nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben, weil sie dort von schweren Menschenrechtsverletzungen oder anderen Gefahren für Leib und Leben bedroht wären. Hierzu gehören Flüchtlinge aus Iran, Irak, Sri Lanka, Afghanistan, Somalia und Äthiopien. Ihnen wurde durch besondere Schutzregelungen der einzelnen Bundesländer der weitere Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Für diese Menschen hat sich die Lage durch das neue Ausländergesetz, das seit dem 1.1.91 in Kraft ist, entscheidend verschlechtert: Seit 1. Juli ist eine Verlängerung des Abschiebungsstops für bestimmte Flüchtlingsgruppen nur noch möglich, wenn

- die Länderinnenminister gegenüber dem Bundesinnenminister für eine Verlängerung des Abschiebungsstops eintreten und
- der Bundesinnenminister seine Zustimmung erteilt.

In keinem der genannten Länder ist eine grundlegende Veränderung der Menschenrechtssituation eingetreten, die eine Veränderung der Abschiebungspraxis rechtfertigen würde. Trotzdem sind seit dem 1.7. die Flüchtlinge aus diesen Ländern akut von der Abschiebung bedroht.

Die einzige Möglichkeit für uns, etwas gegen die Abschiebung dieser Menschen zu tun, ist, gegenüber den Ländern und dem Bundesinnenminister für eine Verlängerung der Abschiebungsstops einzutreten. Daher: Schreibt dem Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Dietmar Schlee, und Wolfgang Schäuble in Bonn den folgenden (oder einen ähnlichen) Brief:

Sehr geehrter Herr...

viele der im Asylverfahren gescheiterten Flüchtlinge aus Iran, Irak, Sri Lanka, Afghanistan, Somalia und Äthiopien wurden bislang geduldet. Ihre Abschiebung war wegen der in diesen Ländern drohenden Menschenrechtsverletzungen oder anderer Gefahren für Leib und Leben nicht möglich. Bis heute ist in kei-

nem der genannten Länder eine grundlegende Verbesserung der Menschenrechtssituation eingetreten. Jetzt aber droht die Abschiebung: Nach den Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes liefern die Abschiebungsschutzregelungen am 30.6.1991 aus. Flüchtlinge aus diesen Ländern sind jedoch weiterhin schutzbedürftig. Denn nicht die Menschenrechtssituation in den jeweiligen Herkunftsländern hat sich geändert, sondern einzig die deutsche Gesetzgebung.

Ich bitte Sie deshalb dringend darum, an der bisherigen Praxis festzuhalten, Flüchtlinge aus diesen Ländern nicht abzuschicken. Bitte treffen Sie eindeutige Regelungen, die den weiteren Aufenthalt dieser Flüchtlinge in der Bundesrepublik sichern, und treten Sie für eine Verlängerung der Abschiebungs-

stops ein. Es darf nicht sein, daß angesichts von Terror und Folter, staatlichem Mord und der weitverbreiteten Willkürjustiz die größte Abschiebewelle in der Geschichte der Bundesrepublik eingeleitet wird.  
Mit freundlichen Grüßen

Adressen:

Innenminister des Landes Baden-Württemberg  
Dietmar Schlee  
Dorotheenstraße 6  
7000 Stuttgart 1

Bundesminister des Innern  
Dr. Wolfgang Schäuble  
Graurheindorfer Straße 198  
5300 Bonn 1

Quelle: Amnesty International

## Runder Tisch ab nächstem Semester

Vortreffen mit Beate Weber

Studierendenausweis als Nahverkehrsfahrkarte?

Bereits im November letzten Jahres forderte die FSK in einem Brief Beate Weber zur Einrichtung eines "Runden Tisches" als Forum für eine Kommunikation zwischen Universität, Studierenden und Stadt auf. Obwohl GAL und FDP im Frühjahr ebenfalls diesen Vorschlag einbrachten, werden bis zu einem ersten Treffen immer noch einige Monate ins Land ziehen: Letzten Montag kam es endlich zu einem Vortreffen der hochschulpolitischen Gruppen (FSK, LUNA, LHG, RCDS, Jusos, Asta der PH) mit Beate Weber sowie zwei Referenten der Stadt, bei dem Form und Inhalt des "Runden Tisches" diskutiert wurden. Beate Weber machte gleich zu Beginn deutlich, daß der Rektor obligatorisch jede Form eines institutionalisierten "Runden Tisches" mit seiner Beteiligung ablehne. Eine Beteiligung an themenbezogenen Gesprächen, zu denen die Stadt

jeweils einlade und die Uni-Verwaltung kompetente Vertreter entsende, wäre dagegen denkbar. Neben der Uni bzw. PH und den VertreterInnen der Stadt (inklusive Oberbürgermeisterin) sollen an dem "Runden Tisch" des weiteren die VertreterInnen der oben genannten Hochschulgruppen sowie der sechs Gemeinderatsfraktionen, des Personalrats der Universität und des Studentenwerks teilnehmen.

Der erste "Runde Tisch" soll Anfang Oktober zum Thema "Verkehr" stattfinden. Schwerpunkt soll hierbei die Übernahme des "Darmstädter Modells" sein: In Darmstadt wurde es über die Erhöhung des Semesterbeitrags um 14 DM ermöglicht, den Studenausweis ohne weitere Gebühren als Nahverkehrsfahrkarte benutzen zu können (näheres dazu im nächsten UNIMUT). Dies betraf bei uns

weiter auf Seite 4

## Die Aktivitäten der Fachschafftskonferenz in der ersten Hälfte '91

Bekanntlich gibt es in Heidelberg im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern (außer Bayern) kein StudentInnenparlament, das die Vertretung der Studierenden wahrnimmt, sondern nur einen kastrierten ASTA (Allgemeiner StudentInnenausschuß), der als Unterausschuß des Großen Senats der Rechtsaufsicht des Rektors untersteht und nur musische, kulturelle, geistige und sportliche Interessen der Studierenden vertreten darf. Demgegenüber setzt sich die Fachschafftskonferenz (FSK) für eine unabhängige Studierendenvertretung mit weiterreichenden Kompetenzen ein. Die FSK ist der Zusammenschluß der Fachschafften an den einzelnen Fachbereichen. Sie ist basisdemokratisch organisiert. Die FSK-Liste stellt derzeit die Mehrheit und damit auch den Vorstand im kastrierten ASTA. Der Vorstand vertritt die FSK gegenüber der Univerwaltung und beantragt dort die Kastramittel im Sinne der FSK.

Die FSK sieht ihre Aufgabe nicht in erster Linie darin, den Studierenden ein von Wenigen ausgewähltes Konsumprogramm vorzusetzen, sondern darin, bestehende studentische Initiativen durch Bereitstellung von Räumen und Mitteln zu fördern. Hierzu zählen auch solche Gruppen, die ansonsten in dieser Gesellschaft wenig Möglichkeiten haben, ihre Interessen zu artikulieren.

Darüberhinaus hat die FSK ReferentInnen gewählt, die kontinuierlich zu bestimmten Themen arbeiten und den regelmäßigen Bürodienst im Kastrastr. 1, machen.

Über die Arbeit der Referate wurde bereits in den Wahlflugis der FSK sowie in diversen Unimutartikeln berichtet. Die ReferentInnen werden auch weiterhin über ihre Aktivitäten informieren und sind bei Bedarf auch während der Bürozeiten ansprechbar.

Für die FSK steht fest, daß in einem Gremium, dessen Rechtsaufsicht der Rektor führt, der "Vorstand" keinen Rechenschaftsbericht geben kann. Fest steht aber auch, daß die FSK und alle von ihr vertretenen Studierenden das Recht haben, zu erfahren, wofür die Kastragelder verwendet wurden.

Daher geben wir hier einen Überblick über die bis jetzt erfolgten Ausgaben.

- Für die Aufrechterhaltung des Bürodienstes wurden 7824 DM an Löhnen und 2595 für Bürobedarf ausgegeben. Hierunter fallen Portokosten, Büromaterial für die laufende Arbeit der Arbeitskreise und Referate und der Fachschafften sowie der Ersatz unbrauchbar gewordener Büroausstattung.
- Für den Bezug von Zeitschriften, Zeitungen und Informationsbroschüren wurden 575,- ausgegeben.
- Außerdem wurde für 4768,- ein Computer (incl. Software) angeschafft, was für die Erstellung von Fachschafftsrundbriefen, Unimut, Flugblättern,...und für die Buchhaltung des Fachschafftsfinanzreferats dringend notwendig geworden war
- Die Druckkosten vom Unimut (14 Ausgaben seit Januar) belaufen sich auf 6117,-

- Weitere Informationsbroschüren, Flugis, Fachschafftszeitungen, u.ä. wurden in der Unidruckerei für insgesamt 2419,- gedruckt.
- Die Unterstützung von Fachschafften (hauptsächlich Raummieten) hat 5576,- gekostet.
- Andere studentische Gruppen wurden mit 2496,- unterstützt.
- Das Außenreferat und der Internationalismus-AK gaben 1462,- für Info-Material, Info-Veranstaltungen und die Unterstützung von Gruppen ausländischer Studierender aus. Der "2. Heidelberger Internationalismus-Rundbrief" kostete 1654,-.
- Die Frauenausstellung "Wiederkehr der Sehnsucht", die während der Semesterferien im Marstall zu sehen war, wurde mit 5176,- bezuschußt.
- Das vom Autonomen Frauen und Lesbenreferat (AFLR) veranstaltete Frauenkabarett mit Simone Fleck kostete 1120,-.
- Für weitere Kulturveranstaltungen (Kittners Kritisches Kabarett, Orchester du Pain, u.a.) wurden 3206,- ausgegeben.
- Die Sommeruni hat bisher 15.243,- gekostet, wobei die Kosten für Raummieten und ReferentInnen aus abrechnungstechnischen Gründen noch nicht berücksichtigt sind.
- Für die Arbeit des AK Rüstung sind bisher 1515,- für Info-Material und Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben worden.
- Die Ausgaben der nicht gesondert aufgeführten Referate (Soziales und Schwule, Ökologie, Finanzen, Fachbereiche und Antifa) sind zum größten Teil in den ersten beiden Posten enthalten. Darüberhinaus hat jedes dieser Referate noch ca. 400,- ausgegeben.

Das Fachschafftsfinanzreferat wird noch einen gesonderten Bericht über die Verwendung der Fachschafftsfelder (107.920 ausgegeben bisher ca. 50.000) geben.



Kirsten und Sabine

PS: Der Kastrastr. 1 ist in den Semesterferien voraussichtlich Mittwochs von 11-14 Uhr geöffnet.

### IMPRESSUM

UNIMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg

Nr. 44 19. Juni 91

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen  
Mittwochs

Redaktionsschluß: Montags, 14<sup>00</sup> Uhr

Mitarbeit diesmal: Gerald Till Maximilian  
Sabine Kirsten amnesty international u.a.

Druck: Druckwalze GdBR

Auflage: 2000

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.l.s.d.p: F(ach)S(chaffts)K(onferenz)  
Lauerstraße 1  
6900 Heidelberg  
Tel.: 06221/542456/7

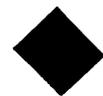
Am Freitag, den 12.7., findet im Autonomen Zentrum Heidelberg ein Solidaritätsfest für die totalen Kriegsdienstverweigerer Peter S. und Michael M. statt. Beide haben am 29.5.90 ihren Zivildienst abgebrochen. Bei ihren ersten Verhandlungen am 15. und 16.4.91 wurden sie zu 4000,-DM Geldstrafe und drei Monaten auf Bewährung sowie 100 Sozialstunden verurteilt. Diese beiden Urteile sind im Moment in Berufung beim Landgericht Heidelberg. Die Kosten, die die beiden bisher aufzubringen haben, betragen bereits über 6000,-DM. Solidarisiert Euch und kommt! Ab 18<sup>00</sup> Uhr die Filme "Atomic Cafe" und "Vaters Land" Ab 20<sup>00</sup> Uhr Volkküche & Disco Eintritt: Only 1 dm



LeserInnen, wir LIEBEN Euch !!!!!

Einige werden aufatmen, andere enttäuscht sein. UNIMUT verabschiedet sich, um zunächst einmal im Sommerloch unterzutauchen. Der harte Kern der Redaktion hat inzwischen viel Patina angesetzt. Gerald (richtig! der von der "legendären Termin-Extrakt-Rubrik") wird immer magerer und hat Ringe unter den Augen. Maximilian muß ständig zu Arzt-Terminen. Till säuft bedenklich viel. Sabine wird von Monika abgelöst ... Wenn das so weitergeht, bleibt als einzige(r) UNIMUT-AktivistIn der Kastracomputer übrig. Was? Interessiert niemand? Ist Euch scheißegal? Kein Mitleid? Kein Bedauern? Keine Tränen? Keine tröstenden Telefonanrufe?

Arschlöcher !!!!!



Fortsetzung von Seite 1

den gesamten ÖPNV-Bereich bis z.B. Mannheim oder Speyer. Bei weiteren Gesprächsrunden sollen folgende Themenbereiche abgedeckt werden: Wohnen, Kultur, Frauen, Müll, weitere Entwicklung der Uni. Die FSK will dort insbesondere ihre Konzepte zum selbstverwalteten Wohnen und zu einem Kulturzentrum einbringen. Die "Runden Tische" sollen im Abstand von ca. vier Monaten stattfinden. Ansprechpartner für Initiativen oder Interessierte, die ihre Ideen am "Runden Tisch" einbringen wollen, ist das Kommunalreferat der FSK. Wir tagen auch im nächsten Semester donnerstags, 19 Uhr, im Kastrastr. Kontakt: Peter Siller, Akademiestr. 2a, 6900 Heidelberg. Auf daß aus dem "Runden Tisch" kein "Rundes Bett" werde!

Kommunalreferat der FSK

schwören. Wer aber unter dem zwangneurotischen Diktat dieser Ängste politisch verantwortlich handeln will, ist langfristig eine größere Gefahr für den Frieden als es ein "verrückter Diktator" jemals sein kann. Diktatoren "ohne Knarre" können nur das Maul aufreißen! Schwerebewaffnete Zwangneurotiker werden hingegen leicht zu schießwütigen Psychopathen.

#### "A Declining Empire Goes To War"

Der vielbeschworene "Antiamerikanismus" ist kein exklusives Attribut der Deutschen oder der Europäer - Die heftigsten "Anti-Amerikaner" leben in Amerika. So titelte beispielsweise Paul Kennedy im angesehenen Wall Street Journal vom 26.1.1991 durchaus "anti-amerikanisch": "A Declining Empire Goes To War". Der ursächliche Zusammenhang zwischen maroder (ein schönes Wort!) Ökonomie und einer Außenpolitik der Stärke ist keine neue oder besonders originelle These; auf den Fall USA bezogen scheint dieser Zusammenhang jedoch durchaus bedenkenswert:

- Die USA ist das am höchsten verschuldete Land der Welt.
- Die USA hat den höchsten Pro-Kopf-Energieverbrauch der Welt.
- Entsprechend übernimmt die USA auch die Weltführungsrolle bei der Abfall- und Emissionsproduktion.
- Das Sozial- und Krankenversicherungssystem der USA ist vor allem durch die "Reagonomics"-Wirtschaftspolitik stark angeschlagen.
- In keiner Industrienation fallen mehr Menschen durch die Maschen des sozialen Netzes.
- Die Kriminalitätsrate in den US-Metropolen steigt kontinuierlich und bedrohlich.

■ In keinem Land der Welt sind anteilig an der Wohnbevölkerung mehr Menschen inhaftiert.

#### Mythos Amerika

Warum nur wählen viele Europäer die USA dennoch als Vorbild eines demokratischen Staates? Warum stimmen angesichts der verheerenden sozialen Situation die meisten Amerikaner der Politik ihrer Regierung zu? Eine Antwort darauf kann nur im Selbstverständnis vieler Amerikaner und in der europäischen Bewunderung desselben gefunden werden. Woodrow Wilson hat das missionarische amerikanische Selbstverständnis wunderbar "amerikanisch" formuliert: Stars and Stripes sei "nicht nur die Fahne Amerikas, sondern die Fahne der Menschheit". Amerika ist eher Religion als Nation. Der Mythos Amerika hat unser Jahrhundert beflügelt. Daß das Land der unbegrenzten Möglichkeiten auch das Land der unbegrenzten Verschwendung, und regelmäßig auch das Land unflätigen Verrats der Demokratie und der Menschenrechte ist, wollen oder können wir und vor allem viele Amerikaner offenbar nicht fassen. Wer die Demokratie allzusehr ideologisiert, sie mithin ihrer Inhalte entleert, sie für sich reklamiert, ohne nach ihren Prinzipien zu handeln, Diktaturen hofiert, wachsende "unamerikanische" Demokratien ("renegade regimes", Bush) unterdrückt und dabei dennoch den hehren Begriff ständig im Munde führt, dessen Speichelfluß verdaut die Demokratie gewissermaßen. Was danach herauskommt, kann nur das Produkt dieser Verdauung sein. Doch Amerika ist nicht nur, was seine Regierung nach außen repräsentiert. Es lebt, wie jedes Land, vor allem von einer bunten Opposition, die sich in die kleinen aber zahlreichen Oppositionen

einer Weltgemeinschaft einreicht, die sich auch tatsächlich als solche versteht. Die neue Weltordnung kann nicht auf dem Boden der Zersplitterung der Welt in regionale oder globale Hegemonial-Staaten gedeihen, die ihre Territorien gewaltsam abschirmen, sie wird langfristig nur bestehen können, wenn die parasitären Staatsklassen den Völkern weichen und der Markt den Menschen mehr dient als den Brokern und Aufsichtsräten. Die Verbreitung von Patronen- und Worthüllen zielt nicht und nirgends auf internationale Verteilungsgerechtigkeit oder "Verwirklichung des Völkerrechts". Demokratie wird zum ideologischen Begriff, der eigentlich bedeutet: Verteidigung der Wohlstandsfestungen mit allen Mitteln, oder: Krisenmanagement angesichts der globalen Katastrophe, die wir euphemistisch "Markt" nennen. Thomas Mann sagte über den Krieg: "Der Krieg ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben des Friedens." Analog können wir formulieren: Der Weltmarkt ist nichts als Drückebergerei vor den Aufgaben der Demokratie. Entweder die Industrienationen teilen mit dem Süden, unterbinden die Rüstungsproliferation, gestalten ihre Ökonomien ökologisch und gerecht, oder sie werden im materiellen Müll oder im Müll ihrer Phrasen untergehen.

#### Quellen

- Altvater, Einar: Ressourcenkrieg am Golf? Der Öl und die neue moralische Weltordnung. In: Profil 82, März 1991, S. 157-169.
- Derr: Ein "Krieg" Postum, abgeschickt gegen den Rest der Welt, Dokumentation der FA von 3.7.91.
- Bretschner, Karl D./Heinrich, A./Nunmann, Klaus (Hrsg.): Krieg für Frieden? Startschüsse für eine neue Weltordnung, Berlin 1991 (sehr informative (und kurze!!!) Artikel aus den "Blättern für deutsche und internationale Politik").
- Krell, Gert/Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven. Frankfurt 1991 (Fischer Taschenbuch, absolut lesenswert).
- Pasella, Peter/Avon, A. Mabo (Hrsg.): Arabische Goldminen in der Krise. Tübingen 1990 (Theorie und Hintergrundinformationen aus verschiedenen Perspektiven).
- Schäfer, Peter/Laurent, Eric: Krieg am Golf. Das Geheimnis. München Wien 1991 (Spannende Dokumentation vom ehemaligen Sprecher des Weißen Hauses. These: Die USA haben nichts unternommen, um den Krieg zu verhindern, im Gegenteil...)
- Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1989

## Leider "ständige Praxis"

Univerwaltung versucht, politisch brisante Vorträge zu verhindern

Universität Heidelberg · Postfach 105760 · 6900 Heidelberg 1

An die

18.6.1991

Vorsitzende des AstA  
Heidelberg  
Frau Sabine EBmann  
Lauerstr.1

6900 Heidelberg

Sehr geehrte Frau EBmann,

der AstA hat am 4.6.1991 die Überlassung des Hörsaals 14 der Neuen Universität für den 28.6.1991 zum Zwecke eines Vortrags von Herrn Bahman Nirumand zum Thema "Folgen des Golfkrieges" beantragt.

Die Universität überläßt in ständiger Praxis ihre Räume studentischen Gruppen nur für solche Veranstaltungen, die entweder ein unmittelbar hochschulbezogenes Thema aufweisen oder deren Thema im engeren Sinne hochschulpolitisch ist. Aus Ihrem Antrag ist ein entsprechender Bezug nicht erkennbar. Ihrem Antrag auf Überlassung des Hörsaals 14 im Hörsaalgebäude der Neuen Universität für den 28.6.1991 kann daher nicht entsprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Dimmler

Solche und ähnlich nette Überraschungen hält der Rektor für den Kastrat bereit. Dieser Brief wurde - anders als das angegebene Datum vermuten läßt (18.6.) - erst am 25.6. im Kastrat abgegeben. Es gehört anscheinend zu den Gepflogenheiten einer Univerwaltung, Raumverbote aus "politischen" Gründen immer erst 1 bis 3 Tage vor Beginn der Veranstaltung mitzuteilen. In diesem Fall war dies nicht so schlimm, da Bahman Nirumand (Herausgeber von "Sturm im Golf") leider ebenfalls abgesagt hatte. Die "ständige Praxis" der Universität ist es aber offensichtlich auch, "studentische Gruppen" höchst ungleich zu behandeln. Denn der RCDS durfte in diesem Semester Veranstaltungen zu "Demokratie in Chile" und zu "Weltbank nur für die halbe Welt?" (Nein: Höchstens für ein Zehntel! die Sätzerin) in Uniräumen durchführen.

Sabine

3